

wurde den Konzernen für **28 Jahre eine jährliche Rendite von über 8%** garantiert. Wird dieser Gewinn nicht durch das Unternehmen erwirtschaftet, muss er aus der Haushaltskasse finanziert werden. Diese staatlich garantierte Rendite wächst von Jahr zu Jahr, weil als Grundlage für die jährliche Gewinnberechnung das Betriebsvermögen einschließlich der jeweiligen Renditezuflüsse herangezogen wird. Die Folgen dieser **Teilprivatisierung** sind massiver Arbeitsplatzabbau, steigende Wasserpreise, eine langfristig steigende Belastung des öffentlichen Haushalts und eine Reduzierung der Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten.

### Public Private Partnership (PPP)

Public Private Partnership (PPP) oder Öffentlich Private Partnerschaft (ÖPP) besteht aus verschiedenen Formen privater **Kapitalbeteiligung an Planung, Finanzierung und Betrieb von Infrastrukturen und Leistungen der öffentlichen Hand**. In der BRD gibt es bereits über 300 PPP-Projekte. In den juristisch komplex formulierten und langfristig angelegten PPP-Verträgen ist die Risikoverteilung in der Regel zulasten der öffentlichen Hand festgelegt. Diese Verträge sind der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Die verheerenden Folgen dieser neoliberalen Umverteilung bestehen sowohl in einer **weitgehenden Risikoentlastung der privaten Investoren** als auch in der strukturellen **Entdemokratisierung**. Weder Landesrechnungshöfe noch Öffentlichkeit haben Möglichkeiten einer bürgernahen transparenten **Kontrolle**. Durch die langen Bindungen der PPP-Verträge werden zum einen der Privatwirtschaft Gewinne für zukünftige und heute kaum abschätzbare Zeiträume zugesichert und zum anderen Haushaltsmittel gebunden, die dadurch den öffentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mehr zur Verfügung stehen (werden). Diese **„Planwirtschaft für Private“** bringt also nicht nur eine Verbetriebswirtschaftlichung der öffentlichen Verwaltung und Daseinsvorsorge mit sich, sondern führt auch zur Enteignung der öffentlichen Hand.

### Abschlusspodium: Gegenhegemonie und Perspektiven

Eine gemeinsame Diskussion von Aktivist/innen aus Gewerkschaften, Mieterorganisationen sowie sozialen und politischen Initiativen soll Gegenpositionen stärken und Möglichkeiten für neue lokalpolitische Koalitionen ausloten.

**Die Konferenz findet am Samstag, dem 11.02.2006, im DGB-Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Saal, Keithstraße 1/3, 10787 Berlin (Schöneberg) statt.**

## PROGRAMM

### 10.00 bis 10.45 Uhr Einführung: Ursachen und Hintergründe für Privatisierung

- Privatisierung, Enteignungsökonomie und das finanzdominierte Akkumulationsregime  
Christian Zeller (Uni Bern/Wirtschaftsgeographie u. Regionalforschung)  
Anschließend Diskussion

### 10.45 bis 11.45 Uhr Wohnungsprivatisierung

- Neue Verwertungsstrategien und ihre Folgen  
Sebastian Müller (Uni Dortmund, Soziologische Grundlagen der Raumplanung)
- Umfang und Verlauf der Privatisierung in Berlin  
Andrej Holm (HU Berlin, Berliner MieterGemeinschaft)
- Wohnungsverkäufe aus gewerkschaftlicher Sicht  
Uwe Borck (Landesbezirksfachbereichsleiter ver.di)  
Anschließend Diskussion

11.45 bis 12.00 Uhr Kaffeepause

### 12.00 bis 13.00 Uhr Privatisierung im Gesundheitswesen

- Vivantes: Folgen einer Rationalisierung  
Volker Gernhardt (ehem. Personalratsvorsitzender Vivantes)
- Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung  
Nadja Rakowitz (Uni Frankfurt/Medizinische Soziologie, Bildungsarbeit ver.di)
- Anschließend Diskussion

13.00 bis 14.00 Uhr Mittagspause

### 14.00 bis 15.45 Uhr Wasserprivatisierung und Public Private Partnership

- Wasserprivatisierung: Erfahrungen aus Berlin und international  
Alexis Passadakis (WEED, attac)
- Folgen der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Berlin  
Gerlinde Schermer (Donnerstagskreis der SPD)
- Perspektiven zum Rückkauf der Berliner Wasserbetriebe  
H.G. Lorenz (Donnerstagskreis der SPD)  
Anschließend Diskussion

15.45 bis 16.15 Uhr Kaffeepause

### 16.15 bis 18.00 Uhr Abschlusspodium: Gegenhegemonie und Perspektiven

- Wie kann eine erfolgreiche Strategie gegen die Privatisierung aussehen?
- Lässt sich die Hegemonie der Privatisierungsbefürworter aufbrechen?
- Gibt es konkrete Forderungen für Berlin?  
Michael Prütz (WASG)  
Carsten Becker (ver.di Bezirksgruppenvorsitzender Charité)  
Gerlinde Schermer (Donnerstagskreis der SPD)  
Philipp Terhorst (Loughborough University/Water and Engineering Development)  
und andere

# PRIVATISIERUNG IN BERLIN

**Ist die Privatisierung nur eine Folge „leerer Haushaltskassen“ oder ein Instrument globaler Verwertungsstrategie?**



**Der Verkauf öffentlicher Infrastruktur gehört seit einigen Jahren in Berlin zum politischen Alltagsgeschäft. Ob Wasserbetriebe, S-Bahn oder Wohnungsbaugesellschaften: Bis heute werden Privatisierungen mit den Zwängen der „leeren Haushaltskassen“ begründet. Doch die Berliner Privatisierungspolitik ist kein Einzelfall, sondern Teil eines globalen Geschehens ...**

**KONFERENZ AM 11.02.2006  
DGB-HAUS, KEITHSTR. 1/3**



**BERLINER MIETERGEMEINSCHAFT E.V. www.bmgev.de**

Gegenpositionen zur Privatisierungspolitik sind in den letzten Jahren immer mehr zurückgedrängt worden. Die Berliner Privatisierungslobby - quer durch alle Parteien im Abgeordnetenhaus - kann mehr und mehr ungestört schalten und walten. Da es in Berlin noch eine erhebliche Menge öffentlichen Eigentums vor **dem Ausverkauf zu bewahren** gilt, sollen durch die Konferenz fundierte Argumentationen erarbeitet werden, die der **Hegemonie** der Privatisierungsbefürworter entgegengestellt werden können. Die Verbindung theoretischer Diskurse mit **Erfahrungen der politischen Praxis** soll die Privatisierung in einen größeren Zusammenhang einordnen und zugleich die **konkreten Folgen für die Betroffenen** sichtbar machen.

### **Einführung: Ursachen und Hintergründe für Privatisierung**

Theorien, die Privatisierungen weniger aus den lokalpolitischen Bedingungen als vielmehr aus globalen Wirtschaftszusammenhängen erklären, gewinnen immer mehr an Bedeutung. Aufgrund des weltweiten Strukturwandels dominiert nun das **Finanzkapital** sowohl den Rhythmus als auch die Formen der gegenwärtigen Ökonomie. Investment-, Anlage- und Pensionsfonds bestimmen und kontrollieren die industriellen Investitionen und verändern dabei die unternehmerischen Strategien. **Shareholdervalue** und **Börsennotierungen** werden zur allgemeinen Leitorientierung des wirtschaftlichen und auch politischen Handelns. Auf der Suche nach neuen Anlagensphären werden immer neue Bereiche der Inwertsetzung unterworfen: Natürliche Ressourcen, soziale Dienstleistungen und bisher staatliche Aufgaben werden zu Waren auf einem privatwirtschaftlichen Markt. Dieser Vorgang ist Teil der **„globalen Enteignungsökonomie“** und lässt sich am Beispiel der Privatisierungen in Berlin mühelos illustrieren.

Das Argument der **„leeren Haushaltskassen“** ist letztlich nur ein politisches Alibi für den Verkauf öffentlicher Unternehmen. Leistungen werden dadurch nicht preiswerter und auch die Effizienz steigt längst nicht, wie immer wieder behauptet. Im Gegenteil: Die vielgerühmte Betriebswirtschaftlichkeit ist eine Ausrede für die **Umwandlung von sozialer Infrastruktur in ökonomisches Kapital**. Die profitablen Parteien werden dabei herausgelöst und die Kosten der Gesellschaft aufgebürdet. Gleichzeitig dominiert zunehmend die Betriebswirtschaftlichkeit das staatliche Handeln. Die bisher sozial ausgerichtete Daseinsvorsorge wird marktcompatibel gestaltet und zwar auch dort, wo noch nicht privatisiert worden ist.

### **Wohnungsprivatisierung**

Laut dem Beratungsunternehmen Ernst & Young haben **Private Equity Gesellschaften** noch nie so viel Geld in der Bundesrepublik Deutschland investiert wie 2005. Die größten Aufkäufe tätigten diese Anleger in Wohn-

und Gewerbeimmobilien. „Investoren schätzen deutsche Unternehmen“ und „gerade den Immobiliensektor“, resümiert Ernst & Young. In Berlin wurden seit Anfang der 1990er Jahre fast **200.000 Wohnungen aus dem kommunalen Bestand privatisiert**. Standen zunächst Einzelprivatisierungen und Verkäufe an so genannte Zwischenvererber im Vordergrund, wurden mit der Begründung der „leeren Haushaltskassen“ umfangreiche Bestände an **internationale Private-Equity-Fonds** wie Cerberus und Apellas oder Oaktree veräußert. Die kurzfristigen Investitionsstrategien der neuen Käufergeneration orientieren sich immer weniger an einer wohnungswirtschaftlichen Verwaltung und Vermietung der Bestände, sondern in erster Linie an der schnellen **Rendite durch den Handel mit Wohnungen**.

Renten- und Pensionsfonds sind dabei als wohnungspolitische Akteure alles andere als unbekannt. Doch der Wandel ihrer wohnungspolitischen Funktion ist kennzeichnend für den Übergang zu einer finanzdominierten Akkumulationsweise: Waren staatliche Rentenkassen in den Frühzeiten der Wohnungspolitik mit ihren zinsgünstigen Krediten die zentrale Voraussetzung für den Sozialen Wohnungsbau, so sind die privaten Pensionsfonds heute **Motor für die Privatisierung der Wohnungsunternehmen**. Die ehemals gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften mit ihrer mietpreisdämpfenden Wirkung werden durch die Privatisierung nicht nur aus dem Bestand der preiswerten Wohnungsbestände herausgelöst, sondern werden selbst zum Beschleuniger von Mietpreiserhöhungen.

### **Privatisierung im Gesundheitswesen**

„Die hohe Qualität unseres Gesundheitswesens ist international anerkannt und muss im Interesse aller, die auf seine Leistungsfähigkeit angewiesen sind, erhalten bleiben.“ So steht es im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD. Ebenfalls dort ist zu lesen, dass die Effizienz des Systems **„durch eine wettbewerbliche Ausrichtung zu verbessern“** sei. Zentraler Bestandteil der "wettbewerblichen Ausrichtung" ist die **Privatisierung städtischer und Universitätskliniken**, wie jüngst in Hamburg und Gießen. Zum Zuge kommen dabei zum Teil international tätige private Krankenhauskonzerne wie Fresenius, Rhön-Klinikum AG oder Asklepios. Auch in Berlin ist die Privatisierung von Kliniken schon lange im Gespräch. Um die zu Vivantes und der Charité gehörenden Krankenhäuser profitabel zu machen, werden die Belegschaften vom Berliner Senat erpresserisch unter Druck gesetzt. Unter der Androhung massiven Stellenabbaus mussten schmerzliche Lohneinbußen hingenommen werden. **Der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen** wächst zusätzlich durch die Einführung des DRG-Fallpauschalen-Systems, welches nach streng betriebswirtschaftlichen Kriterien ausgerichtet ist und den Wettbewerb unter den Kliniken erhöht. „Der Arzt wird mehr und mehr zum Unternehmer“, heißt es bei der Industrie- und Handelskammer Berlin und die Kliniken halten dementsprechend Ausschau nach finanzkräftiger Kundschaft. Der „Gesundheitsmarkt Berlin“ bie-

tet bereits unter dem Namen „First Class Aid Berlin“ ein „Rundum-sorglos-Paket“ für reiche Kranke.

Die von der neuen Bundesregierung angekündigte weitergehende „wettbewerbliche Ausrichtung“ des Gesundheitssystems führt unweigerlich in die **Zwei-Klassen-Medizin**, die für die gesetzlich Versicherten nur noch die durch Fallpauschalen standardisierte Minimalversorgung vorsieht.

### **Privatisierung der Wasserwirtschaft**

Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Aufbau der Berliner Wasserversorgung britischen Geschäftsleuten übertragen. Da das private Unternehmen den notwendigen weiteren Ausbau der Infrastruktur nicht gewährleisten konnte, wurden die Wasserbetriebe vom Berliner Magistrat übernommen und **unter staatlicher Kontrolle bis zum Ende des 19. Jahrhunderts** zu einem der weltweit modernsten Wasserbetriebe ausgebaut. Dies bedeutete nicht nur einen technischen, sondern auch einen großen sozialen Fortschritt. Seither steht qualitativ hochwertiges Trinkwasser der gesamten Berliner Bevölkerung zur Verfügung und war **bis vor wenigen Jahren privaten Verwertungsinteressen entzogen**. 1999 wurden **49,9%** der Berliner Wasserbetriebe an RWE und Veolia (ehemals Vivendi) zu einem Preis von 1,68 Milliarden Euro **verkauft**. Vertraglich

Bevor alle Stricke reißen ...



**BERLINER MIETER GEMEINSCHAFT E.V.**

Berlins engagierte und preisgünstige Mieterorganisation bietet

- Persönliche Mietrechtsberatung durch spezialisierte Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte
- Beratungsstellen in allen Bezirken
- Telefonische Mietrechtsberatung
- Sozialberatung
- Rechtsschutz bei Mietprozessen
- Umfangreiches Informationsmaterial
- Unterstützung von Hausversammlungen

**Möckernstraße 92/Ecke Yorkstraße 10963 Berlin**  
**Tel. 216 80 01 [www.bmgev.de](http://www.bmgev.de)**